

Bund soll Oberzentrum helfen

CLUB ZU WILHELMSHAVEN Wilhelmshaven blutet durch Aderlass bei Behörden aus

Die Beschäftigung im öffentlichen Dienst ist erheblich zurückgegangen. Die Folgen für die Stadt sind bedrohlich.

WILHELMSHAVEN/GA – Der Stellenabbau im öffentlichen Dienst in den vergangenen 20 Jahren hat Wilhelmshaven hart getroffen. Außenstelle der Bundesbank, Wasserwirtschaftsamt, Hafenamtsamt, Medizinischer Dienst der Krankenkassen, Post, IHK, Arbeitsamt, Katasteramt, Bundesvermögensamt, Amtsgericht, Bahn, AOK. . . Dr. Hans-Joachim Gottschalk, Präsident des Clubs zu Wilhelmshaven (CzW), listete gestern eine ganze Reihe von Behörden

auf, die sich ganz oder teilweise aus Wilhelmshaven zurückgezogen haben.

Die Folgen für die Stadt seien bedrohlich, zumal Experten für jeweils eine Stelle im öffentlichen Dienst eine weitere Stelle rechnen, die in der Privatwirtschaft verloren geht.

Die Zahl von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist in Wilhelmshaven in den vergangenen 19 Jahren um 24 Prozent zurückgegangen, rechnete Dr. Rolf Lienau vor. Nach den Worten des ehemaligen Arbeitsamtsleiters stieg zeitgleich die Beschäftigung in Niedersachsen um 4,3 Prozent an. Die Folgen für die Stadt liegen auf der Hand: Hohe Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfängerquote, viele leer stehende

Wohnungen und Geschäfte, enorme Defizite im kommunalen Haushalt.

Angesichts der unerfreulichen Entwicklung bei einigen Industrialisierungsprojekten sieht der CzW die öffentliche Hand, besonders den Bund (siehe Seite 1), in der Pflicht, Wilhelmshaven zu helfen. Bei der Bundeswehrreform müsste der Marinestandort gestärkt, zumindest Auswirkungen von Stellenstreichungen kompensiert werden.

„Wir haben durchaus Verständnis für die Zentralisierungen von Behörden“, sagte Gottschalk. „Aber in Zeiten moderner Kommunikationsmittel gibt es keinen Grund mehr, zentrale Aufgaben stets in Großstädten zu bündeln. Im Gegenteil. Land und Bund

sind gefordert, durch das Hinzuverlegen von Behörden das schwächelnde Oberzentrum Wilhelmshaven zu stärken.“

Nach Schätzungen des CzW löst der öffentliche Dienst rund 60 Prozent der Kaufkraft in Wilhelmshaven aus. Entsprechend wirkten sich die politischen Entscheidungen zur Ausdünnung der Behörden vor Ort aus.

Im Gegenzug habe Wilhelmshaven über Jahrzehnte Sonderopfer für den Bund geleistet. Mit der Verlagerung des Marineamtes nach Rostock gingen der Stadt Tausende Dienstposten verloren. Ein weiteres Beispiel: Das Marinearsenal zahle keine Gewerbesteuer. Aber auch seine Mitarbeiter nutzen die Dienstleistungen der Stadt.